Räumlicher Entwicklungsplan der Gemeinde Bludesch Anlage 1 - Textteil

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt: Siedlungsraum

- § 1 Siedlungsentwicklung
- § 2 Freiflächen im Siedlungsgebiet
- § 3 Teilung von Grundstücken
- § 4 Umlegung von Grundstücken
- § 5 Energie und Klima

2. Abschnitt: Wirtschaftsraum

- § 6 Wirtschaftsentwicklung
- § 7 Kern- und Mischgebiete
- § 8 Betriebsgebiete
- § 9 Einzelhandel

3. Abschnitt: Freiraum und Landschaft

- § 10 Landschaftsentwicklung und Naturschutz
- § 11 Land- und Forstwirtschaft
- § 12 Freizeit und Erholung
- § 13 Rohstoffe und Energie
- § 14 Sondergebiete

4. Abschnitt: Sozialraum

- § 15 Struktur des Sozialraums
- § 16 Bildungs-, Kinder- und Jugendeinrichtungen
- § 17 Spiel-, Aufenthalts und Begegnungsräume
- § 18 Gemeinbedarfseinrichtungen
- § 19 Gemeinnütziger Wohnbau
- § 20 Publikumsintensive Veranstaltungsstätten

5. Abschnitt: Versorgungsraum und technische Infrastruktur

- § 21 Versorgungsnetze

6. Abschnitt: Verkehr und Mobilität

- § 22 Verkehrsentwicklung
- § 23 Überörtliche Abstimmung
- § 24 Straßen und Wege

7. Abschnitt: Verfahrensfragen

- § 25 Aktive Bodenpolitik und Vertragsraumordnung
- § 26 Regionale Zusammenarbeit

1. Abschnitt: Siedlungsraum

§ 1 Siedlungsentwicklung

1. Eine Stärke der Gemeinde Bludesch stellt die bestehende Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Dienstleistungen im Ort dar. Dies führt zu einem lebendigen dörflichen Lebensraum, der sich von einer reinen Wohngemeinde unterscheidet. Kurze Wege und Treffpunkte fördern die Kommunikation. Schwerpunkt der Verdichtung ist das Ortszentrum, das als Schwerpunkt des Dorflebens gestärkt werden soll.
2. Ziel ist eine nachhaltige und stetige Bevölkerungsentwicklung im Schnitt der Blumenegg-Gemeinden und des Bezirks Bludenz.
3. Der Zuzug wird beobachtet und gesteuert. Die Attraktivität für junge Leute soll gesteigert werden und gleichzeitig die vorhandene Infrastruktur mitbedacht.
4. Es gilt der Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden sowie sonstigen natürlichen Ressourcen. Entsprechend erfolgt die Siedlungsentwicklung vorrangig von innen nach außen. Die innere Siedlungsentwicklung hat damit Vorrang gegenüber umfangreichen Bauflächenausweitungen. Notwendig dazu sind die Aktivierung bestehender Bauflächenreserven sowie die Verdichtung des Siedlungsgebietes vor allem im Umfeld des Ortskernes und sonstiger zentraler Einrichtungen.
5. Bei Neuwidmungen werden keine neuen Flächenreserven geschaffen, sondern nur Flächen gewidmet, die aus raumplanerischer Sicht für eine Bebauung grundsätzlich geeignet sind und für die eine konkrete Bauabsicht besteht. Dazu sollen die Möglichkeiten der Vertragsraumplanung genutzt werden. Vor einer Bauflächenwidmung soll entsprechend den rechtlichen Möglichkeiten und unter Berücksichtigung der Entwicklungsziele der Gemeinde ein Vertrag zwischen Gemeinde und Grundeigentümer:innen geschlossen werden.
6. Für größere zusammenhängende Flächenreserven ab einer Fläche von 5.000m² erstellt die Gemeinde ein Quartiersentwicklungskonzept. Dabei wird auch am Umfeld und den Auswirkungen auf die Nachbarschaft Maß genommen. Entwicklungsoptionen und Entwicklungspotenziale über Projektgrenzen und Grundstücksgrenzen hinaus werden untersucht.
7. Ansatzpunkte für Quartiersentwicklungskonzepte sind die Projektgröße, die Lage und die Größe der betroffenen Grundstücksflächen.
8. Bei der Widmung neuer Flächen als Baufläche oder Freifläche-Sondergebiet werden naturräumliche Gefährdungspotentiale berücksichtigt. Eine Widmung von Bauflächen und Freiflächen in Gefahrenzonen, Hinweisbereichen oder Überflutungsbereichen erfolgt nur bei Zustimmung der zuständigen Sachverständigen.
9. Durch eine verstärkte Bodenpolitik durch die Gemeinde wird eine zielgerichtete Siedlungsentwicklung zu gewährleisten. Dazu gehören Grundkauf, Grundtausch und Kooperationen mit Entwicklungspartner:innen.
10. Es werden mittelfristige Siedlungsränder und langfristige Siedlungsentwicklung festgelegt. Die Umwidmung in Baufläche im Bereich der langfristigen Siedlungsentwicklung ist frühestens nach Überprüfung, im Zuge der nächsten Überarbeitung des Räumlichen Entwicklungsplans in Absprache mit dem Amt der Vbg. Landesregierung und der Herausnahme aus der Landesgrünzone möglich.
11. Zur Umwidmung in Baufläche innerhalb der mittelfristigen Siedlungsränder sind folgende Bedingungen zu erfüllen:
 - Es darf keine Beeinträchtigung der weiteren Siedlungsentwicklung erfolgen.
 - Es darf keine Beeinträchtigung der Bebaubarkeit/Erschließung benachbarter Flächen eintreten.
 - Es muss eine Erschließung vorhanden sein oder deren Errichtung mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand möglich sein.
 - Es muss eine konkrete Bauabsicht bestehen.

12. Eine Überschreitung der Siedlungsränder um bis zu 200 m² ist möglich, wenn keine besonders schützenswerte Flächen betroffen sind, die Erschließung gewährleistet ist und die Bauflächen-Widmung keine neue Bautiefe eröffnet.
13. Die kleinräumige Durchmischung verschiedener Nutzungen ist zentraler Bestandteil der Dorfentwicklung. Hier werden verschiedene Nutzungen kombiniert. Wichtig ist die Vermeidung von Nutzungskonflikten durch Einbeziehung der Gewerbetreibenden und der Anrainer:innen.
14. Die Mischung unterschiedlicher Wohnbauformen als Stärke der Gemeinde soll beibehalten und gestärkt werden. Sowohl im Miet- als auch Eigentumsbereich bestehen bereits zahlreiche Wohnungen. Im Sinne eines sparsamen Umgangs mit der beschränkten Ressource Boden wird eine weitere maßvolle, auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmte bauliche Verdichtung angestrebt. Folgende Maßnahmen sind dazu erforderlich:
 - Die in der Gemeinde Bludesch geltenden Verordnung über das Maß der baulichen Nutzung wird überprüft und adaptiert.
 - Es erfolgt eine laufende Evaluierung auf deren Grundlage Anpassungen der Bebauungsvorgaben zur Steuerung der Bevölkerungsentwicklung im Vergleich der Bevölkerungsentwicklung in den Blumenegg-Gemeinden und den Gemeinden im Bezirk Bludenz durchgeführt werden.
 - Möglichkeiten zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen bebauten und versiegelten Flächen zu unbebauten und unversiegelten Flächen bei gleichzeitig dichter Bebauung werden geprüft.
 - Es werden Festlegungsinhalte zur Beschränkung der Größe von Wohnanlagen und zu deren Einbindung in die Standortumgebung getroffen.
 - Öffentliche Interessen werden in die Planung von Wohnanlagen eingebracht. Darunter fallen der Schutz des Ortsbilds, die städtebauliche Einbindung, Nutzungsmischung im Erdgeschoss in Zentrumsnähe und die Freiraumgestaltung.
 - Bei der Planung von Verdichtungsmaßnahmen wird die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln berücksichtigt.
 - Die Durchwegung für den nicht motorisierten Verkehrs wird sichergestellt.
 - Für eine struktur-, standort- und ortsbildverträgliche Nachverdichtung ist eine frühzeitige Kontaktaufnahme mit Bauträger:innen und Projektentwickler:innen zur Abstimmung der Interessen, Zielvorstellungen und Zugängen notwendig.
15. Der öffentliche Raum, insbesondere im Ortszentrum, wird als örtlicher Lebensraum und Treffpunkt für die Bevölkerung weiterentwickelt; dabei wird auf bestehenden Strukturen und Einrichtungen aufgebaut. Insbesondere werden dabei beachtet:
 - Es erfolgt eine gesamthafte Betrachtung und Planung.
 - Es werden Treffpunkte geschaffen und die Aufenthaltsqualität gestärkt.
 - Der Einzelhandel spielt eine zentrale Rolle, ist aber nicht der einzige Aspekt von Nahversorgung. Öffentliche Einrichtungen und Treffpunkte sind gleichermaßen von Bedeutung.
 - Zum Schutz der Nahversorgung werden keine dezentralen, peripheren Einzelhandelsstandorte (Einkaufszentren, Fachmarktzentren) entwickelt.
 - Bestandteil der Zentrumsentwicklung ist auch die Verdichtung der Wohnnutzung in zentralen Lagen im Siedlungsgebiet.
16. Alte Gebäude sind ein Teil der örtlichen und regionalen Identität und ein bisher weithin brachliegendes Entwicklungspotential. Sie werden, wenn möglich erhalten, genutzt und weiterentwickelt. Dazu dienen folgende Maßnahmen:
 - Es werden Maßnahmen zur Aktivierung und Nutzung gesetzt. Die Sanierung und In-Wert-Setzung des Gebäudealtbestands wird auf Ebene der Bebauungsplanung durch Spielräume für eine Nachverdichtung berücksichtigt.

- Erhaltenswerte Objekte und Ensembles sollen gepflegt und weiterentwickelt werden. Der umgebende zugeordnete Freiraum wird als Bestandteil der Ensemblequalität mitberücksichtigt.

§ 2 Freiflächen im Siedlungsgebiet

Bestehende erhaltenswerte Freiraumstrukturen werden erhalten und in zukünftigen Planungen berücksichtigt. Dafür werden folgende Ziele festgelegt:

1. Ein zentrales Ziel für die Siedlungsentwicklung in der Gemeinde Bludesch ist die Erhaltung bestehender Grünstrukturen, deren Weiterentwicklung und die Schaffung und Absicherung von Ersatz für verlorengelassene Grünstrukturen.
2. Neben Maßnahmen auf öffentlichem Grund ist dazu auch die Einbeziehung privater Flächen sinnvoll, insbesondere dann, wenn diese entwickelt und bebaut werden sollen.
3. Es werden Freiflächen und deren Gestaltung in Überlegungen zur Entwicklung von Grünpuffern zwischen unverträglichen Nutzungen und zur Attraktivierung des Wegenetzes einbezogen.
4. Freiflächen als Puffer zu Naturgefahren werden erhalten.
5. Die Gemeinde unterstützt Renaturierungsmaßnahmen im Zuge von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen im Bereich von Gewässern.

§ 3 Teilung von Grundstücken

1. Bei der Herausteilung eines bzw. einzelner zukünftiger Baugrundstücke aus einem größeren Grundstück oder Grundstücksverband ist ein Grobkonzept zur Teilung und Erschließung des Gesamtgrundstücks vorzulegen. Die Möglichkeit für unterschiedliche Nutzungs- und Bauformen sollen möglichst lange offengehalten werden.
2. Für die Bebauung mit Einfamilienwohnhäusern darf eine maximale Größe pro Grundstück von 700 m² nur aus zwingenden Gründen überschritten werden. Zielgröße bei Grundstücken für Einfamilienwohnhäusern ist eine Fläche von ca. 450 – 500 m².
3. Die Dimensionierung der Verkehrserschließung richtet sich nach dem jeweils gültigen Stand der Technik.
4. Grundstückszufahrten sind gemeinsam zu nutzen.

§ 4 Umlegung von Grundstücken

1. Umlegungsverfahren werden möglichst mit Zustimmung der Grundeigentümer:innen durchgeführt.
2. Durch das Umlegungsverfahren sollen verschiedene Nutzungs- und Bauformen offengehalten werden.
3. Die Dimensionierung der Verkehrserschließung richtet sich nach dem jeweils gültigen Stand der Technik.
4. Eine Durchwegung für den Fuß- und Radverkehr ist sicherzustellen.

§ 5 Energie und Klima

1. Steigerung der Energieeffizienz, aktiver Klimaschutz sowie die Anpassung an die unvermeidbaren Klimaveränderungen sind maßgebliche Aspekte auf dem Weg zur Erreichung der Energieautonomie. Maßnahmen dazu sind:
 - Energieeffizienten Bauweisen werden durch die ortsräumlich angepasste Innenverdichtung und das Halten von Siedlungsrändern unterstützt.
 - Gesunde und umweltfreundlichen Mobilitätsformen werden gefördert.

- Grünflächen werden erhalten und erweitert.
- 2. Die energiepolitischen Ziele der Gemeinde sollen neben Maßnahmen im Bereich von Information, Beratung und Förderung gegebenenfalls auch über die Anwendung von geeigneten raumplanerischen Instrumenten umgesetzt werden.
- 3. Energieeffizienz wird bei allen Zielen und Maßnahmen zur räumlichen Entwicklung berücksichtigt.
- 4. Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien wird unterstützt. Erforderlich dabei ist eine gesamthafte Betrachtung von Effekten und Wirkungen der Energie erzeugenden Anlagen auf den Raum. Die notwendige Nutzung aller Formen von erneuerbaren Energien im Talboden und in der Hangzone muss auch unter landschaftsbildlichen und landschaftsästhetischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Eine regionale Betrachtungsweise und Lösungssuche ist erforderlich. Insbesondere zu beachten sind der Schutz des Landschaftsbilds, der Schutz sensibler Nachbarschaften, der Erhalt landwirtschaftlich nutzbarer Flächen, der Schutz des Dorfbilds und die Abwägung zwischen Gesichtspunkten der Energiegewinnung und Energieeffizienz.
- 5. Bei Um- und Neubauten sowie Sanierung öffentlicher Gebäude sind die Standards der Energieeffizienz einzuhalten.
- 6. Bei gemeindeeigenen Gebäuden ist zu prüfen, ob das Potential zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen besteht, und nach Möglichkeit sind diese zu nutzen.
- 7. Die Gemeinde setzt sich dafür ein, dass verstärkt umweltschonende Maßnahmen bei Um- und Neubauten aber auch bei Bestandsgebäuden umgesetzt werden.
- 8. In der Bebauungsplanung werden Maßnahmen im öffentlichen, energetischen und ökologischen Interesse berücksichtigt.

2. Abschnitt: Wirtschaftsraum

§ 6 Wirtschaftsentwicklung

1. Die in der Gemeinde Bludesch bestehenden Betriebsstandorte werden weiterentwickelt und gestärkt.
2. Der Entwicklung von Betriebsgebieten sowie der Ansiedlung neuer und Weiterentwicklung bestehender Betriebe liegt folgender Entwicklungsraster zugrunde:
 - Regionale Betriebsstandorte sind im Nahbereich der A14-Auffahrten verkehrsgünstig gelegen. Ihre Nutzung und Erschließung haben keine negativen Auswirkungen auf das Siedlungsgebiet. Es handelt sich dabei um starke Standorte mit Entwicklungspotenzial auch für regionale, nationale oder internationale Leitbetriebe. Hier konzentriert sich auch die regionale Zusammenarbeit zur Standortentwicklung. Bei der Standortentwicklung ist der Erweiterungsbedarf bestehender regionaler Leitbetriebe zu berücksichtigen.
 - Lokale und interkommunale Betriebsstandorte liegen im Siedlungsgebiet oder an seinem Rand und sind vorrangig für die Weiterentwicklung bereits ansässiger Betriebe oder als Standort für ortsverträgliche kleinere Betriebe mit maßvollem Verkehrsaufkommen geeignet. Eine Durchmischung mit der Wohnnutzung ist denkbar. Dabei muss der Schutz der Nachbarschaft berücksichtigt werden.
 - Betriebe im Dorf sind ein wichtiger Bestandteil von Dorf-Bild und Dorf-Leben.
3. Stärkung des Ortszentrums durch die Entwicklung und Konzentration von öffentlichen und privaten Einrichtungen in den Ortszentren, die Aufwertung des öffentlichen Raumes und die Erreichbarkeit des Zentrums.
4. Künftig soll Entwicklung von Gewerbegebieten verstärkt in Absprache mit den Nachbargemeinden erfolgen. Von Interesse sind hier sowohl kleinere, lokale Standorte sowie größere Standorte von regionaler, walgauweiter Relevanz.

5. Für Betriebe mit hohen Emissionen oder einem großen Verkehrsaufkommen sollen gemeindeübergreifend geeignete Standorte gefunden werden.
6. Thüringen und Bludesch wachsen an der Gemeindegrenze nach folgenden Grundsätzen strukturiert zusammen:
 - Standortverträgliches Gewerbe wird entlang der L50 entwickelt.
 - Standortgerechte Nutzung wird durch Vertragsraumplanung und Bodenpolitik gesichert.
 - Standortverträgliches Kleingewerbe ergänzt die regionalen BB-Standorte.
 - Die Ortsdurchfahrt wird aufwertend gestaltet. Dazu werden Bebauungslücken geschlossen und der öffentliche Raum definiert und gestaltet.
 - In Richtung Hang wird die Wohnnutzung schrittweise entwickelt und dabei eine teilweise Verdichtung angedacht. Für Flächen am südlichen Siedlungsrand werden Nutzungsoptionen möglichst langfristig offengehalten.
 - Es wird ein Puffer zwischen Wohnnutzung und Gewerbe erhalten und dazu bestehende Grünstrukturen genutzt.
 - Die Durchlässigkeit für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen wird beachtet.
 - Auf aktive landwirtschaftliche Betriebe wird geachtet und Pufferflächen gegen Nutzungskonflikte werden erhalten.
 - Grünstrukturen werden naturnah gestalten und ihre Funktion als Grünraumvernetzung erhalten.
7. Die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus bündelt die Entwicklungskraft und stärkt die Position der Region Blumenegg.
8. Die Ansiedlung und Entwicklung standortgerechter und flächeneffizienter Betriebe ist für die raumverträgliche Entwicklung von Gewerbegebieten erforderlich. Dazu verstärkt die Gemeinde ihr Engagement bei Bodenpolitik und Flächenmanagement. Möglichkeiten der Vertragsraumplanung nach § 38a Raumplanungsgesetz und der Bebauungsplanung sollen dazu genutzt werden. Neben der Entwicklung neuer Gewerbeflächen werden auch bestehende Betriebsflächen aktiviert.
9. Für die Nachnutzung des Gaisbühels soll ein Konzept mit dem Ziel der nachhaltigen qualitativen Nutzung des Geländes erstellt werden. Genutzt werden sollen hierfür privatwirtschaftliche und hoheitliche Maßnahmen.
10. Als Freifläche-Sondergebiet gewidmete bestehende Betriebsstandorte können nach der Herausnahme aus der Landesgrünzone bei Vorliegen der Voraussetzungen des Raumplanungsgesetzes in Bauflächen umgewidmet werden.
11. Die Gemeinde setzt bewusstseinsbildende Maßnahmen ein, um Gewerbebetreibende zu motivieren, ihre Einsparmöglichkeiten in ihrem Betrieb zu lokalisieren und umzusetzen

§ 7 Kern- und Mischgebiete

1. Neben der Ansiedlung von Betrieben in Betriebsgebieten sollen nachbarschaftsverträgliche Kleinbetriebe, vorrangig im Dienstleistungsgewerbe, aber auch im produzierenden Gewerbe im Siedlungsverband flächeneffizient angesiedelt werden.
2. Im Zentrum entlang der L50 soll eine Nachverdichtung im Bestand erfolgen und Baulücken gefüllt werden.
3. Dienstleistende, Nahversorgende, Gastronomie und Büros sollen im Ortskern konzentriert werden. Nachbarschaftsverträgliches Kleingewerbe findet Platz im Siedlungsgebiet, vorrangig entlang der Ortsdurchfahrten. Betriebsansiedlungen und -erweiterungen werden so gestaltet, dass Nutzungskonflikte vermieden werden können. Dazu werden Maßnahmen der Betriebsentwicklung frühzeitig mit den Nutzungsansprüchen in der Standortumgebung abgestimmt.

§ 8 Betriebsgebiete

1. Ergänzende Steuerungsmöglichkeiten wie bodenpolitische Maßnahmen, Flächenmanagement sowie Kooperationen mit Betrieben, Standortentwickler:innen, Grundeigentümer:innen werden genutzt.
2. Langfristige Sicherung einer betrieblichen Nachnutzungsmöglichkeit für das Kasernenareal.

§ 9 Einzelhandel

1. Durch Stärkung der Nahversorgung soll der Einkaufsverkehr auf ein Minimum reduziert werden.
2. Zum Schutz der Nahversorgung werden keine dezentralen, peripheren Einzelhandelsstandorte (Einkaufszentren, Fachmarktzentren) entwickelt. Über bestehende Betriebe hinaus werden keine Regionalversorger mit einer Verkaufsfläche von mehr als 800m² neu angesiedelt.
3. Bestehende Nahversorgungsstandorte werden gehalten und in Abstimmung mit der Siedlungs- und vor allem mit der Zentrumsentwicklung weiterentwickelt. Eine Bündelung von Einrichtungen vorrangig im Ortskern ist dabei sinnvoll. Die Gemeinde Bludesch integriert das Thema Nahversorgung und bestehende Nahversorgerstandorte in laufende Überlegungen zur Zentrumsentwicklung.

3. Abschnitt: Freiraum und Landschaft

§ 10 Landschaftsentwicklung und Naturschutz

1. Die Teilnahme an den gemeinsamen Programmen mit Fachorganisationen und Institutionen wird angestrebt und weiter ausgebaut.
2. Die Kulturlandschaft rund um das Siedlungsgebiet wird langfristig für die Naherholung erhalten. Insbesondere werden die naturnahen Freiflächen im Hangbereich, als eine der Stärken der Gemeinde Bludesch, erhalten.
3. Baumaßnahmen werden zum Schutz der Landschaft auf das erforderliche Mindestmaß beschränkt.
4. Typische Kulturlandschaftselemente um das Siedlungsgebiet werden erhalten.
5. Im Bereich bestehender Naturgefahren werden Freiflächen als Puffer erhalten und Vorsorge für zukünftige Maßnahmen und die Instandhaltung von Gewässern getroffen.
6. Die Renaturierung des Schwarzbaches wird fortgeführt.

§ 11 Land- und Forstwirtschaft

1. Die großen zusammenhängende Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung im Bereich des Talbodens werden in wesentlichen Teilen erhalten und für die landwirtschaftliche Nutzung offengehalten. Damit werden die landwirtschaftlichen Betriebe und die Nahrungsmittelproduktion auf Dauer gesichert. Dazu werden nicht-landwirtschaftliche Flächennutzungen und Verhüttelungen hintangehalten.
2. Die bestehenden teilweise extensiven landwirtschaftlichen Nutzungsstrukturen werden erhalten und zusätzlich gefördert und unterstützt.
3. Landwirtschaftliche Betriebsstandorte werden durch eine vorausschauende Flächenwidmung gesichert. Dies gilt besonders in den Siedlungsrandlagen, wo ein Heranwachsen der Wohnbebauung an die Betriebe und damit Nutzungskonflikte vermieden werden. Die Aussiedlung von Landwirtschaftsbetrieben unter Berücksichtigung landschaftsbildlicher Überlegungen und Umweltkriterien wird unterstützt.

4. Es sind keine großflächigen Widmungen als Freifläche-Sondergebiet in landwirtschaftlich genutzten Bereichen vorgesehen.
5. Es sind keine großflächigen Widmungen als Freifläche-Freihaltegebiet in landwirtschaftlich genutzte Bereiche vorgesehen.
6. Kooperationen in der Forstbewirtschaftung sind anzustreben. Ökologische, klimafitte und nachhaltige Waldbewirtschaftung ist oberstes Ziel.

§ 12 Freizeit und Erholung

Die Gemeinde treibt die Entwicklung der Naherholungsinfrastruktur gemeinsam mit Thüringen, Bludesch und der Region Walgau voran. Gemeinsame Maßnahmen sind:

- Das bestehende Wegenetz wird erhalten und ausgebaut.
- Die Wanderwege werden zu landschaftsbildlichen Ensembles und Ausflugspunkten mit begleitender Erholungsinfrastruktur (z.B. Rastplätze) ergänzt und aufgewertet.
- Zur Schonung naturräumlich sensibler Bereiche werden Besucherströme gelenkt.
- Freizeiteinrichtungen und -angebote mit regionaler Bedeutung und regionalem Einzugsbereich werden im Rahmen der Regio diskutiert und weiterentwickelt.

§ 13 Rohstoffe

Kiesentnahmen werden im gesamten Ortsgebiet von der Gemeinde nicht unterstützt.

§ 14 Sondergebiete

1. Flächenintensive und das Landschaftsbild störende Freiflächennutzungen werden vermieden. Sie sind nur im besonderen öffentlichen Interesse zulässig. Freiflächennutzungen in Zusammenhang mit der Energiegewinnung werden im Einzelfall auch unter landschaftsbildlichen und landschaftsästhetischen Gesichtspunkten geprüft. Eine regionale Betrachtungsweise und Lösungssuche unter Bezugnahme auf bereits bestehende Konzepte sind erforderlich.
2. Widmungen als Freifläche-Sondergebiet sollen in landwirtschaftlich genutzten Bereichen vorrangig für landwirtschaftsähnliche Nutzungen erfolgen.

4. Abschnitt: Sozialraum

§ 15 Struktur des Sozialraums

1. Die Gemeinde Bludesch ist Gewährleisterin der sozialen Nahversorgung und erste Anlaufstelle für soziale Fragen.
2. Das Freizeit- und Kulturangebote wird in und für die Region entwickelt
3. Die soziale Infrastruktur in der Region wird ausgebaut
4. Die Aufwertung des Ortsteil Gais wird angestrebt. Insbesondere soll ein Freizeitplatz umgesetzt werden. Die Miteinbeziehung und -wirkung der Bevölkerung soll die Akzeptanz der Angebote gewährleisten
5. Zur Stärkung des Ortszentrums werden Infrastruktureinrichtungen nach Möglichkeit im Ortskern konzentriert.

§ 16 Bildungs-, Kinder- und Jugendeinrichtungen

1. Die Verstärkung der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit bei der Infrastruktur für Bildung und Soziales wird angestrebt.

2. Die Stärkung der Infrastruktur für Jugend und Freizeit ist Ziel der Gemeinde. Es soll auch ein außerschulisches Angebot für Kinder und Jugendliche entwickelt werden.
3. Der Bildungscampus wird weiterentwickelt.
4. Für den Kindergarten Gais wird ein Nachnutzungskonzept entwickelt.
5. Es sollen Räume für Kleinkinder und einen Familientreffpunkt gesichert werden.

§ 17 Spiel-, Aufenthalts- und Begegnungsräume

1. Bei allen Sportplätzen werden Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Verbesserung der Erschließung geprüft. So soll eine bessere Erreichbarkeit mit dem Fahrrad und zu Fuß sowie eine nachbarschaftsverträgliche KFZ-Zufahrt und -Parkierung erreicht werden.
2. Begegnungsräume werden weiterentwickelt.

§ 18 Gemeinbedarfseinrichtungen

1. Ein Ausbau gemeindeübergreifender Kooperationen wird angestrebt.
2. Ein weiterer Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich mobiler und ambulanter Sozialdienste wird angestrebt.
3. Der Standort des Sozialsprengels soll im Ortszentrum etabliert werden.
4. Standorte für die Bibliothek und andere, Kultur- und Freizeiteinrichtungen werden gesichert.
5. Mittelfristig ist die Umsiedlung des Feuerwehrhauses an den Standort westlich des Ortsteils Bludesch angestrebt.

§ 19 Gemeinnütziger Wohnbau

Der gemeinnützige Wohnbau soll, soweit es zur Deckung des Wohnraumbedarfs der Bevölkerung ermöglicht werden. Vor allem zentrumsnahe Bereiche kommen hierfür in Frage. Eine räumliche Konzentration soll aber vermieden werden.

§ 20 Publikumsintensive Veranstaltungsstätten

Die Ansiedlung publikumsintensiver Veranstaltungsstätten wird im Einzelfall geprüft, soll aber vorrangig im Zentrumsbereich unter Berücksichtigung bestehender Strukturen erfolgen.

5. Abschnitt: Versorgungsraum und technische Infrastruktur

§ 21 Versorgungsnetze

1. In der Gemeindeverwaltung, insbesondere beim Ausbau, Bereitstellung und Erhaltung technischer Infrastrukturen, werden die Kooperationen regional und überregional ausgebaut.
2. Der Ausbau des Kanal- und Wassernetzes erfolgt in Abstimmung mit der Siedlungsentwicklung.
3. Die Gemeinde unterstützt den Ausbau von Glasfasernetzen und alternative Formen der Internetabdeckung.

6. Abschnitt: Verkehr und Mobilität

§ 22 Verkehrsentwicklung

1. Die Gemeinde unterstützt den Ausbau kosteneffizienter und qualitativ hochwertiger zukunftsfähige Mobilitätsformen.
2. Die Gemeinde prüft sämtliche Entwicklungsmaßnahmen auch hinsichtlich ihrer Effekte auf den ÖPNV.
3. Die Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Verdichtung des Wegenetzes werden bei jeder Entwicklungsmaßnahme geprüft.
4. Die Gestaltung der Bushaltestellen wird verbessert. Im Rahmen der Finanzierung der Landbuslinien durch die Gemeinde soll das ÖPNV-Angebot evaluiert und bedarfsorientiert verbessert werden.
5. Eine weitere Verbesserung der Fahrradinfrastruktur wird durch attraktive und ausreichende Fahrradabstellmöglichkeiten an Haltestellen mit einem überdurchschnittlichen Fahrgastaufkommen erreicht.
6. In der örtlichen Raum- und Verkehrsplanung findet der öffentliche (Straßen-)Raum als örtlicher Lebensraum verstärkte Beachtung.
7. Bei allen Projekten der Gemeinde wird Barrierefreiheit angestrebt.
8. Die Verkehrssicherheit soll vor allem im Bereich von Fuß- und Schulwegen gesteigert werden.

§ 23 Überörtliche Abstimmung

1. Der Öffentliche Verkehr (Landbus) wird in Abstimmung mit der Regionen Walgau und Walsertal und den Verkehrsträgern im Walgau im Zuge der Finanzierung durch die Gemeinde und nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten weiterentwickelt.
2. Die Gemeinde Bludesch bekennt sich zum Ausbau des überörtlichen Radwegenetzes in Abstimmung mit der Landesradroutenkonzeption.

§ 24 Straßen und Wege

1. Eine Mehrfachnutzung der öffentlichen Plätze wird angestrebt.
2. An den Ortseingängen werden Torsituationen entwickelt und gestaltet. Dabei werden die Verflechtungen von Radverkehr und motorisiertem Verkehr besonders berücksichtigt, insbesondere die Übergänge von abgetrennten Fuß- und Radwegen zum Mischverkehr.
3. Lokale Problemstellen werden entschärft.
4. Eine durchgehende Radwegverbindung entlang der L50 in Gais wird umgesetzt.
5. Eine Übernahme von Privatstraßen in das Eigentum der Gemeinde oder in das Öffentliche Gut erfolgt auf Grundlage des Stands der Technik. Eine Verpflichtung der Gemeinde zur Übernahme besteht jedoch nicht.

7. Abschnitt: Allgemeines

§ 25 Aktive Bodenpolitik und Vertragsraumordnung

1. Gemäß § 38a RPG kann die Gemeinde zur Erreichung der Raumplanungsziele privatwirtschaftliche Maßnahmen setzen. Die Gemeinde setzt dementsprechend und folgende Maßnahmen um:
 - Vereinbarungen mit den Grundeigentümer:innen über eine widmungsgemäße Verwendung von Bauflächen
 - Vereinbarungen mit den Grundeigentümer:innen über Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Erschließung und Verwendung von Bauflächen

- Vereinbarungen mit den Grundeigentümer:innen über den Erwerb von Grundstücken oder Grundstücksteilen
 - Projektsicherungsverträge mit der Beschreibung konkreter Ausführung von Nutzung, Bebauung und Gestaltung
2. Die Gemeinde wendet das Instrument der Vertragsraumplanung auch im Zusammenhang mit der Widmung von Sondergebieten und Landwirtschaftsgebieten an.
 3. Als Sicherungsmittel werden vorrangig Vertragsstrafen eingesetzt und nachfolgend die Möglichkeit der Benennung einer Käuferin bzw. eines Käufers. Die Bebauungsfristen betragen 5 Jahre.
 4. Mittels Infrastrukturvereinbarungen sichert die Gemeinde benötigte Verkehrsflächen.
 5. In Bereichen die direkt innerhalb an der Siedlungsgrenze liegen oder in besonders schützenswerte Gebieten kommt alternativ zur Vertragsraumordnung die befristete Widmung von Bauflächen und Sondergebieten zum Einsatz.

§ 26 Regionale Zusammenarbeit

Die Gemeinde setzt sich für eine Abstimmung mit den Nachbargemeinden und eine Kooperation und Zusammenarbeit auf regionaler Ebene ein. Die Gemeinde bekennt sich zum Modell der Kooperationsräume, insbesondere im Rahmen der Regio Im Walgau und der Region Blumenegg.